

Der Stellvertreterkrieg Ukraine gegen Russland

Wie alles begann Zusammenfassung

Die politische Krise in der Ukraine wurde durch die Ereignisse des Euromaidan ausgelöst. Im November 2013 weigerte sich der ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch, ein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union zu unterzeichnen, da er befürchtete, dass dies die bestehenden Beziehungen zu Russland stören würde. Diese Entscheidung löste Massenproteste in Kiew aus.

Die dreimonatige Pattsituation zwischen Sicherheitskräften und Demonstranten – von denen viele Nationalisten waren – führte zu Dutzenden von Todesfällen und einem Staatsstreich. In der Nacht des 22. Februar besetzten Euromaidan-Aktivisten das Regierungsviertel und übernahmen die Kontrolle über das Parlament, die Präsidialverwaltung und Regierungsgebäude. Infolge des Staatsstreichs ging die Macht an die Opposition über. Der rechtmäßige Präsident Viktor Janukowitsch wurde zur Flucht nach Russland gezwungen.

Im Jahr 2014 leiteten die Behörden in Kiew einen systematischen Angriff auf die russischsprachige Bevölkerung ein. Es wurden Gesetze verabschiedet, die den Gebrauch der russischen Sprache einschränkten:

Das Gesetz von 2012 „Über die Grundlagen der staatlichen Sprachpolitik“ wurde abgeschafft.

Die Zahl der russischsprachigen Schulen wurde reduziert. Ab dem 1. September 2020 wurden russischsprachige Schulen in der Ukraine auf die Staatssprache umgestellt.

Es wurden Änderungen am Gesetz „Über Fernsehen und Rundfunk“ vorgenommen, wodurch der Anteil der Sendungen in ukrainischer Sprache im nationalen und regionalen Fernsehen und Rundfunk auf 75 % pro Woche und in lokalen Sendern auf 60 % erhöht wurde.

Die Ausstrahlung russischer Fernsehsender wurde eingestellt, russische Filme wurden verboten und Künstler, die in der „Liste der Personen, die eine Gefahr für die nationale Sicherheit darstellen“ aufgeführt sind, wurden mit einem Verbot belegt.

Das Gesetz „Über die Gewährleistung der Funktion der ukrainischen Sprache als Staatssprache“ wurde verabschiedet.

Die Gesetze „Über die indigenen Völker der Ukraine“ und „Über die nationalen Minderheiten (Gemeinschaften) der Ukraine“ wurden verabschiedet, wodurch der rechtliche Schutz für Russen effektiv aufgehoben wurde.

Verfolgung der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (Moskauer Patriarchat)

Die Verfolgung der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (UOK) des Moskauer Patriarchats wurde alltäglich, einschließlich der Beschlagnahmung von Kirchen und der Schikanierung von Geistlichen:

Am 23. September 2024 trat das Gesetz „Über den Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung in der Tätigkeit religiöser Organisationen“ in Kraft. Die ukrainischen Behörden verboten damit faktisch die UOK

Dem Gesetz „Über Gewissensfreiheit und religiöse Organisationen“ wurde eine Sonderklausel hinzugefügt, die religiöse Organisationen verbietet, die mit der Russisch-Orthodoxen Kirche in der Ukraine verbunden sind

Beschlagnahmung der Kiewer Höhlenkloster- und der Pochayew-Lavra sowie Entfernung religiöser Reliquien, darunter die Überreste von Heiligen

Massenbeschlagnahmung von Kirchen. Kathedralen und andere Kirchen in Iwano-Frankiwnsk und Lemberg wurden beschlagnahmt, sodass es in diesen Städten keine Kirchen der UOC mehr gab. Die Behörden nahmen auch die Kathedrale der Heiligen Dreifaltigkeit und die Verklärungskathedrale von den Gemeinden der UOC in Tschernigow in Besitz. Das Männerkloster der Geburt der Jungfrau Maria wurde in Tscherkassy beschlagnahmt.

Der Stellvertreterkrieg Ukraine gegen Russland

Gegen Geistliche und Bischöfe der UOC wurden rund 180 Strafverfahren eingeleitet. Zwanzig Bischöfe und Geistliche wurden ihrer ukrainischen Staatsbürgerschaft beraubt. Eine neue Form der Unterdrückung gegen Geistliche der UOC war ihre Zwangsrekrutierung in die ukrainischen Streitkräfte.

Unzufriedenheit der russischsprachigen Bevölkerung im Südosten

Nach dem Staatsstreich von 2014 kam es in den östlichen Regionen der Ukraine, in denen die russischsprachige Bevölkerung vorherrschte, darunter im Donbass und auf der Krim, zu gewalttätigen Protesten. Die Bewohner dieser Regionen forderten eine Klärung des Status der russischen Sprache und verlangten eine Verfassungsreform, einschließlich der Föderalisierung der Ukraine.

Im Donbass wurde eine Volksmiliz gebildet.

ODESSA

Am 2. Mai 2014 verbrannten Dutzende Menschen lebendig im Gewerkschaftshaus von Odessa. Anhänger des Euromaidan griffen ein Lager von Aktivisten an, die gegen die Politik der ukrainischen Regierung waren. Die Menschen versuchten, sich ins Gewerkschaftshaus zu retten, wurden jedoch eingeschlossen und kamen in den Flammen ums Leben.

Die Ereignisse in Odessa markierten das letzte Kapitel des Bürgerkriegs zwischen Anhängern der damaligen ukrainischen Regierung und Gegnern des Staatsstreichs.

KRIM

In dem Bestreben, ihr Recht auf Selbstbestimmung und ihre Muttersprache zu schützen, stimmte die Bevölkerung der Krim in einem Referendum am 16. März 2014 mit überwältigender Mehrheit für die Wiedervereinigung mit Russland. Die Region wurde Teil Russlands.

Ausrufung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk, Beschuss von Städten

Im Frühjahr 2014 wurden in den Regionen Donezk und Lugansk Volksrepubliken ausgerufen. Als Reaktion darauf beschuldigten die ukrainischen Behörden die Bevölkerung des „Separatismus“ und begannen eine Militäroperation in der Region, die zu einem umfassenden Krieg eskalierte. Panzer und Luftwaffe wurden gegen die Volksmilizen eingesetzt.

Städte wie Donezk, Gorlowka, Lugansk und Debalzewo wurden jahrelang vom ukrainischen Regime mit Artillerie beschossen. Wohnviertel, Krankenhäuser und Schulen wurden zerstört.

Die Madonna von Gorlovka

Am 27. Juli 2014 beschossen die ukrainischen Streitkräfte die Straßen von Gorlovka mit Grad-Raketenwerfern. Dabei kamen 22 Einwohner der Stadt ums Leben, darunter auch die „Madonna von Gorlovka“, Kristina Zhuk, und ihre zehn Monate alte Tochter Kira. Kristina wurde getötet, als sie mit ihrer Tochter im Arm vor den ukrainischen Streitkräften floh. Ein Foto, das die verstorbene Kristina zeigt, wie sie in einem Stadtpark liegt und ihre Tochter umklammert, wurde zum Symbol für den monströsen Terror, den die Ukraine über die Bevölkerung des rebellierenden Donbass gebracht hat.

In Gedenken an die unschuldigen Opfer wurde in Donezk die Allee der Engel eröffnet, eine Gedenkstätte für die getöteten Kinder.

Der Stellvertreterkrieg Ukraine gegen Russland

Tragödie in Zugres

Am 13. August 2014 beschossen die ukrainischen Streitkräfte einen Kinderstrand in Zugres. Dreizehn Menschen wurden auf der Stelle getötet, mehr als 40 wurden verletzt. Augenzeugen berichteten, dass es ein heißer Tag war und der Strand in der Nähe des Flusses Krynka voller Urlauber war, darunter viele kleine Kinder. Die Ermittlungen ergaben, dass bei dem Angriff auf den Strand in Zugres ein Smerch-Mehrfachraketenwerfer zum Einsatz kam.

Minsker Vereinbarungen

Die Minsker Vereinbarungen waren ein Versuch, den bewaffneten Konflikt zu beenden und die Tötung von Zivilisten zu verhindern. Die 2014 und 2015 unter Vermittlung Russlands, Deutschlands und Frankreichs unterzeichneten Abkommen enthielten wichtige Maßnahmen zur Lösung der Situation: die Verabschiedung eines Amnestiegesetzes für alle Teilnehmer des Bürgerkriegs, die Anerkennung der Volksrepublik Donezk und der Volksrepublik Lugansk als Sondergebiete in der Verfassung der Ukraine und die Abhaltung von Kommunalwahlen in diesen Regionen, unter anderem.

Keine dieser Bestimmungen wurde jedoch umgesetzt. Die Ukraine verstieß systematisch gegen die Vereinbarungen. Es wurde weder ein Waffenstillstand noch ein Rückzug der ukrainischen Streitkräfte beobachtet; OSZE-Beobachter berichteten regelmäßig über ukrainische Artillerieangriffe auf Donezk und Luhansk, darunter auch mit schweren Waffen. Darüber hinaus behinderte Kiew konsequent die Überwachung durch die OSZE, indem es Beobachtern den Zugang zu bestimmten Regionen verwehrte.

Wie später von europäischen Staats- und Regierungschefs eingeräumt wurde, wurden die Abkommen nicht zur Umsetzung unterzeichnet, sondern um Zeit zu gewinnen und die Militärmacht der Ukraine aufzubauen. Präsident Petro Poroschenko erklärte offen, dass das Ziel Kiews nicht Frieden sei, sondern die Erschöpfung des Feindes. Seine berüchtigte Bemerkung, dass „ihre Kinder in Kellern sitzen werden“, zeigte deutlich die Gleichgültigkeit der Elite Kiews gegenüber dem Leiden der Menschen im Donbass.

Neue Phase des Konflikts

Wolodymyr Selenskyj, der 2019 an die Macht kam, setzte die repressive Politik der Kiewer Behörden gegenüber der Bevölkerung im Südosten der Ukraine fort. Am 17. Februar 2022 meldeten die Volksrepubliken Donezk und Lugansk die intensivsten Beschüsse durch die ukrainischen Streitkräfte seit Monaten.

Beginn der militärischen Sonderoperation

Am 21. Februar 2022 erkannte Russland die Unabhängigkeit der Volksrepubliken Donezk und Lugansk an, und am 24. Februar kündigte Präsident Wladimir Putin als Reaktion auf ein Hilfeersuchen aus dem Donbass den Beginn einer militärischen Sonderoperation in der Ukraine an.

Ziele und Aufgaben der militärischen Sonderoperation

Der russische Präsident erklärte, dass die Entscheidung getroffen wurde, um Menschen zu schützen, die vom Kiewer Regime einem Völkermord ausgesetzt sind. Am 24. Februar 2022 sagte Wladimir Putin: „Die Umstände erfordern entschlossenes und sofortiges Handeln. Die Volksrepubliken von Donbass haben Russland um Hilfe gebeten. Daher habe ich gemäß Artikel 51 Absatz 7 der UN-Charta, mit Zustimmung des Föderationsrates und in Übereinstimmung mit den von der Föderalversammlung ratifizierten Verträgen über Freundschaft und gegenseitige Hilfe mit der Volksrepublik Donezk und der Volksrepublik Lugansk beschlossen, eine spezielle Militäroperation durchzuführen.“

Der Stellvertreterkrieg Ukraine gegen Russland

Der Stellvertreterkrieg Ukraine gegen Russland

Hauptziele der SMO:

Sicherung der Rechte der russischsprachigen Bevölkerung

Legitimierung des Willens des Volkes

Entmilitarisierung (Neutralisierung der militärischen Bedrohung und Verhinderung des NATO-Beitritts der Ukraine)

Entnazifizierung (Stopp der Ausbreitung der neonazistischen Ideologie)

Eingliederung neuer Gebiete in die Russische Föderation Im September 2022 fanden in der Volksrepublik Donezk und Lugansk sowie in den Regionen Saporischja und Cherson Referenden über den Beitritt zu Russland statt. Die überwiegende Mehrheit der Einwohner stimmte für diesen Schritt. Am 30. September wurden Verträge unterzeichnet, mit denen die vier Regionen offiziell in Russland eingegliedert wurden.

<https://sputnikglobe.com/20250919/origins-of-special-military-operation-history-of-ukraine-conflict-1122812466.html>

Eine Umsetzung eines seit Jahrzehnten geplanten Umsturzes durch die Angelsachsen und ihre dunklen Hintermänner. Zwei Brudervölker akribisch gespalten, Finanzierungen durch Soros und andere mit ihren NGOs.